

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/126

5. Juli 1973

Die Chance für die DDR

Zum "deutschen Tag" der KSZE in Helsinki

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Internationale
Beziehungen beim SPD-Parteivorstand

Seite 1 / 47 Zeilen

"Tag X" für die Fluglotsen: 7. Juli

"Wir beugen uns keinem rechtswidrigen Druck"

Von Dr. Lauritz Lauritzen MdB
Bundesminister für Verkehr

Seite 2 und 2a / 69 Zeilen

Auf dem Wege zur Einigung?

Zum deutsch-isländischen Fischereikonflikt

Von Dr. Hans Apel MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen
Amt

Seite 3 / 44 Zeilen

Schlechte Verlierer - schlechte Demokraten!

Zur bayerischen Schelte gegen das Bundesver-
fassungsgericht

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Mitglied des Bundestags-Rechtsausschusses

Seite 4 / 44 Zeilen

Die Chance für die DDR

Zum "deutschen Tag" der KSZE in Helsinki

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Inter-
nationale Beziehungen beim SPD-Parteivorstand

Gewiß soll keine Rede eines Außenministers der 35 Teilnehmerstaaten der KSZE unterschätzt werden. Aber wenn im Rahmen dieser Helsinki-Tagung die Außenminister der beiden deutschen Staaten hintereinander sprechen, dann hat das seine ganz besondere Bedeutung. Nichts zeigt die veränderte Situation in Europa deutlicher auf als dieser Vorgang. Die deutschen Außenminister haben in der Vergangenheit in erster Linie in ihren jeweiligen Bündnissen gegeneinander gewirkt. Ohne daß sich ihre Bündnisverpflichtungen ändern, ohne daß die bestehenden Differenzen in grundsätzlichen politischen und gesellschaftlichen Fragen aufgegeben werden, müssen sie sich nun mit anderen um gemeinsame Lösungen für Europa bemühen.

Bundesaußenminister Scheel konnte in seiner Rede auf die qualifizierten Vorarbeiten seiner Mitarbeiter in der Konsultationsphase in Helsinki aufbauen. Seine Rede zeichnete sich durch eine erfrischende Offenheit und durch eine realistische Einschätzung der Situation aus. Walter Scheel, der bekanntlich nicht zu den Pessimisten gehört, hat in Helsinki den bedeutungsvollen Satz gesprochen: "Wenn im Verlauf unserer Erörterungen klar würde, daß unsere Auffassungen über die Wirklichkeit noch zu weit auseinanderklaffen, dann, meine ich, wäre es ein Gebot der Ehrlichkeit, dies klar zu sagen." Unser Außenminister will mit diesen Worten aber keineswegs bremsen. Im Gegenteil: Er will nicht, daß tote Resolutionen die Vielzahl von allgemeinen internationalen Deklarationen erweitern. Er will, daß für alle Menschen in Europa wirkliche Ergebnisse erzielt werden.

Das politische Ziel der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa einzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt; Berlin; unsere Verpflichtungen in der europäischen Gemeinschaft; und das Bündnis als Voraussetzung für die Entspannungspolitik, das waren eindeutige Schwerpunkte in der Rede unseres Außenministers.

DDR-Außenminister Otto Winzer hat, wie sein sowjetischer Kollege Gromyko am Vortage, ein ständiges Konferenzorgan gefordert. Eine erfolgreiche Konferenz kann solche ständige Einrichtungen notwendig machen. Dann aber wird sich zeigen, ob alle Staaten in Europa bereit sind, Berlin in diesem Zusammenhang eine zusätzliche Aufgabe zu übertragen. Eine solche Entscheidung wäre ein Element für mehr Sicherheit und mehr Entspannung in ganz Europa.

Daß der Außenminister der DDR in seiner Rede andere Akzente gesetzt hat als Walter Scheel, kann niemanden überraschen. Mit der KSZE ist die Phase der internationalen Isolierung der DDR zu Ende gegangen. Die Übernahme von internationaler Verantwortung hat auch ihre innenpolitischen Auswirkungen. Wer nicht mehr gegen Isolierung ankämpfen muß, der kann nach innen mehr Spielraum gewähren. Mögen die Verantwortlichen in der DDR die Chance im Interesse der betroffenen Menschen nützen.

(-/5.7.1973/bgy/ex)

"Tag X" für die Fluglotsen: 7. Juli

"Wir beugen uns keinem rechtswidrigen Druck"

Von Dr. Lauritz Lauritzen MdB
Bundesminister für Verkehr

Sturheit wird der Bundesregierung in ihrer Haltung zu den rechtswidrigen Aktionen der Fluglotsen vorgeworfen. Wer damit meint, die Bundesregierung müsse nun den Forderungen der Fluglotsen entgegenkommen, und wer unter einer "Einigung" nur Nachgeben versteht, dem muß einmal deutlich gesagt werden: Es sind die Fluglotsen, die die Basis unserer demokratischen Rechtsordnung, nämlich Forderungen nur mit legalen Mitteln durchzusetzen, verlassen haben. Sie versuchen, ihre Forderungen mit Mitteln und Methoden durchzusetzen, die eindeutig rechtswidrig sind und die zu Lasten unbeteiligter Bürger gehen.

Wer diesen Weg beschreitet, der muß mit dem konsequenten Verhalten der für die Aufrechterhaltung unserer rechtsstaatlichen Ordnung Verantwortlichen rechnen. Die Möglichkeit, daß kleine Spezialistengruppen ganze Wirtschaftszweige lahmlegen und breite Bevölkerungsschichten unter Druck setzen, darf nicht Schule machen. Deswegen kommt es ganz entscheidend auf die Entschlossenheit aller demokratischen Kräfte an, solchen rechtswidrigen Aktionen entschieden entgegenzutreten.

Darum habe ich auch disziplinarische Maßnahmen eingeleitet. Bezüge sind gekürzt worden und Urlaubssperren ausgesprochen. Es sind sofortige arztärztliche Untersuchungen der sich krank meldenden Fluglotsen veranlaßt worden.

Außerdem habe ich den Verband Deutscher Flugleiter (VDF) aufgefordert, bis zum 7. Juli 1973 alle notwendigen Maßnahmen zur Einstellung der vom VDF herbeigeführten Aktion zu treffen und jegliche weitere Unterstützung oder Förderung zu unterlassen. Dieser Anspruch wird notfalls durch gerichtliche sofortige Anordnungen durchgesetzt, falls nach dem 7. Juli noch Störungen des Flugverkehrs in der seit fünf Wochen bekannten Art und Weise gemeldet werden sollten. Jeder einzelne Fluglotse ist darauf hingewiesen worden,

daß die Beteiligung an einer derartig rechtswidrigen Aktion auch zu Regreßansprüchen gegen ihn selbst führt. Jeder Fluglotse muß von vornherein wissen, wie die Rechtslage ist. Nicht nur Hunderttausende von Urlaubern müssen unter diesen gesteuerten Aktionen leiden, auch unsere Volkswirtschaft wird dadurch mit Millionenschäden belastet.

Man kann dem Druck rechtswidriger Handlungen nicht einfach nachgeben, indem man Gehaltszuschüsse akzeptiert, die außerhalb der Möglichkeiten unseres Besoldungsgefüges liegen. Ich erkenne an, daß der Beruf des Fluglotsen schwer und verantwortungsvoll ist. Ich bin aber nicht für eine "Überanerkennung". Es gibt eine ganze Reihe von anderen Spezialistengruppen im öffentlichen Dienst, die ebenso hart arbeiten müssen und für die eine unangemessene Bevorzugung der Fluglotsen eine schreiende Ungerechtigkeit darstellen würde.

In den vergangenen Jahren - das muß gesagt werden, weil die Fluglotsen dies regelmäßig vergessen - ist viel getan worden, um ihrer unbestritten schweren Aufgabe gerecht zu werden. So bekommen sie z.B. heute schon hohe finanzielle Zulagen, sie werden wesentlich schneller befördert als andere Beamte, haben sehr günstige Pausenregelungen und sollen demnächst schon mit 52 Jahren mit Pensionsanspruch in den Ruhestand gehen können. Sie erhalten alle fünf Jahre eine vier- bis sechswöchige Kur auf Kosten des Steuerzahlers. Seit 1972 ist das Ausbildungssystem entscheidend verbessert worden.

Jetzt hat die Bundesregierung den Fluglotsen ein Angebot zur weiteren Verbesserung ihrer Besoldung gemacht. Es liegt auf dem Tisch und man sollte darüber reden. Das Druckmittel eines "Bummelstreiks" aber schafft nicht die Grundlage für eine Einigung.

Die Bundesregierung wird weiterhin alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um sobald wie möglich wieder geordnete Verhältnisse auf den deutschen Flughäfen zu schaffen. Wir werden uns aber nicht einem rechtswidrigen Druck beugen, sondern entsprechend dem verfassungsmäßigen Auftrag die rechtsstaatliche Ordnung bei der Lösung dieses Problems wahren. (-/5.7.1973/bgy/ex) ..

+ + +

Auf dem Wege zur Einigung?

Zum deutsch-isländischen Fischereikonflikt

Von Dr. Hans Apel MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt

Wir Menschen sind überall auf der Erde dabei, unsere natürlichen Lebensgrundlagen durch einen kurzsichtigen Profitegoismus zu gefährden. Das gilt auch für die Befischung der Meere, obwohl die Meereslebewesen und ihre Proteinreserven für die Ernährung der wachsenden Erdbevölkerung eine große Bedeutung haben.

Diese Sorge teilen wir mit den Isländern, die rund vier Fünftel ihrer Exporterlöse aus ihrer Hochseefischerei erzielen. Deshalb ist uns daran gelegen, für die Gewässer um Island zu einem Übereinkommen zu gelangen, das die nationalen Interessen wie die meeresbiologischen Erfordernisse der so wichtigen Fischgründe bei Island auf einen Nenner bringt.

Unser Vorschlag für eine Begrenzung der westdeutschen Hochseefischerei in den isländischen Gewässern schließt deswegen wichtige Jungfischgebiete, Laichgründe und spezifisch für Island bedeutsame Fischgründe für unsere Fischdampfer aus.

So entsteht ein riesiges Gebiet mit einem Abstand zwischen maximal 130 Seemeilen und minimal 12 Seemeilen um Island herum, das wir freiwillig räumen wollen. Wir wollen ferner unsere jährlichen Fischentnahmen in diesem Raume beträchtlich reduzieren und damit fest quotieren. Eine gemeinsame Kontrolle und etwaige Sanktionen bei Verstößen schlagen wir vor.

Es ist unser vorrangiges Interesse, unseren Markt regelmäßig mit Fisch zu guten Preisen zu versorgen. Dazu wollen wir unsere eigenen Fänge über entsprechende Lieferabkommen mit den Isländern ergänzen. Denn Islands Exportstruktur verlangt von uns Rücksichtnahme und Entgegenkommen, ohne eigene Fischereiinteressen zu stark zu vernachlässigen.

Es müßte möglich sein, auf dieser Basis ein für beide Seiten annehmbares Verhandlungsergebnis zu erzielen, wenn dazu der ernste Wille vorhanden ist. Deshalb trübt es das Verhandlungsklima, wenn gerade in diesen Tagen neue Zwischenfälle aus den Gewässern gemeldet werden und bereits zweimal scharf geschossen wurde. Denn unsere Verhandlungen sind doch kein Pokerspiel, das mit Theaterdonner begleitet werden muß, sondern der sehr ernsthafte Versuch, einen Konflikt freundschaftlich zu lösen.

Das Klima in Reykjavik war gut. Unsere Vorschläge sind von den Isländern als konstruktiv bezeichnet worden. Ende August wollen wir weiterverhandeln, um ein Interimsabkommen zustandezubringen, das so lange hält, bis das internationale Völkerrecht durch die III. Internationale Seerechtskonferenz neue Daten setzt. Bei uns fehlt es dazu nicht an gutem Willen und Geduld. Ich bleibe bei meiner Überzeugung, daß das ebensosehr für die isländische Regierung gilt.

(-5.7.1973/bgy/ex)

+ + +

Schlechte Verlierer - schlechte Demokraten!

Zur bayerischen Schelte gegen das Bundesverfassungsgericht

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Mitglied des Bundestags-Rechtsausschusses

Zweimal hat die bayerische Staatsregierung sich beim Bundesverfassungsgericht eine Abfuhr geholt. Die dritte Niederlage ist in Sicht. Sogar der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der Veranlasser des von vornherein mit Kopfschütteln aufgenommenen bayerischen Vorgehens, äußert offen seine Zweifel am Erfolg der gegen den Grundvertrag erhobenen Klage.

Daß die Klage unter diesen Umständen nicht zurückgenommen wird, kann trotzdem nicht verwundern. Denn nicht Richterspruch und rechtliche Klärung werden in diesem Verfahren in erster Linie gesucht. Es handelt sich vielmehr um ein weiteres Kapitel des auf jedem Wege betriebenen Kampfes gegen die Ost- und Deutschlandpolitik von Koalition und Bundesregierung. Das totale Nein, von Strauß mit besonderem Nachdruck gefordert, tritt diesmal in juristischer Verkleidung auf.

Besonnene Unions-Politiker haben stets vor einem derartigen Schritt gewarnt. Schneller als jede politische Entwicklung kann ein Prozeß in Karlsruhe dem Kläger Unrecht geben. Allenfalls den mag das gleichgültig lassen, der das Bundesverfassungsgericht nur als Station einer Auseinandersetzung sieht, die auch nach dem Spruch und auch mit Angriffen gegen das Gericht fortgesetzt werden soll.

Solche Angriffe haben in bisher einmaliger Schärfe bereits begonnen. Formal richten sich die offiziell vom Leiter der bayerischen Staatskanzlei erhobenen ungeheuerlichen Vorwürfe der Unlauterkeit und Rechtsbeugung zwar gegen die Bundesregierung. Über den wahren Adressaten kann aber kein Zweifel bestehen: Eben jenem "absurden" Vorbringen, eben jenen "nebulösen Behauptungen ohne Beweisanzug", über die sich die bayerische Staatskanzlei so heftig beschwert, ist das Gericht einstimmig (!) gefolgt. Der Hinweis auf das "zumindest seltsame Verhalten" des Senatsvorsitzenden verdeutlicht nur noch die Stoßrichtung der Kampagne.

Die Bundesregierung hat sich zur bayerischen Klage im Bundestag überaus vorsichtig geäußert und sich trotzdem sogleich vom Oppositionsführer verdächtigen lassen müssen, sie wolle die richterliche Entscheidungsfreiheit antasten. Zu solcher Sorge geben die bayerischen Rempeleien gegen unser höchstes Gericht nun Anlaß. Doch von der Opposition hört man dazu nichts. Sie geht indessen in parlamentarischen Anfragen dem Gerücht aus zweifelhafter Quelle nach, ein SPD-Politiker habe sich in einer privaten Bemerkung unqualifiziert über das Gericht ausgelassen.

Bei der SPD, die schon in langen Oppositionsjahren Bedeutung und Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts schätzen gelernt hat, sucht man solche Splitter vergebens. Der bayerische Balken im eigenen Auge ist es, mit dem sich die CDU/CSU beschäftigen sollte.

(-/ 5.7.1973/bgy/ex)